

Stellungnahme von Petra Schmidt-Niersmann, Landratskandidatin von Bündnis 90 / Die Grünen

Ich bin damit einverstanden, dass Sie meine Stellungnahme in Ihren Medien veröffentlichen

Entlastung der Region

- 1) Sieht Ihre Partei das Problem einer Überbelastung der Region Niederrhein durch den Kiesabbau und schwerwiegende Konflikte mit anderen Interessen?**

Meine Partei setzt sich bereits seit Jahrzehnten mit dem Kiesabbau am Niederrhein auseinander und hat bereits aktiv den 1. Niederrhein-Appell miterarbeitet. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte haben sowohl die Kreistagsfraktion, der Parteivorstand sowie die Fraktionen in den betroffenen Gemeinden dafür gekämpft, den weiteren Kiesabbau am Niederrhein zu verhindern bzw. deutlich zu minimieren.

- 2) Wie wollen Sie der Gefahr einer einseitigen naturräumlichen Überbelastung entgegenwirken? Wie können die Flächenausdehnungen begrenzt werden?**

Es gibt bisher keine belastbare Bedarfsanalyse für Kies und Sande, die tatsächlich den Bedarf der Bevölkerung berücksichtigt. Das bisherige Verfahren der Bedarfsfeststellung ist einseitig nach den Bedürfnissen der Kiesindustrie ausgerichtet.

- 3) Halten Sie daher eine planmäßige jährliche Reduzierung der Kiesabbau-Mengen (z.B. 5 %) für notwendig?**

Eine Reduzierung der Mengen um jährlich 5 % wäre ein erster, dringend notwendiger Schritt.

- 4) Wollen Sie sich gegen die in der Landesplanung festgeschriebene Verlängerung der Versorgungszeiträume auf von 20 auf 25 Jahre einsetzen?**

Eine Verlängerung der Versorgungszeiträume von 20 auf 25 Jahre haben sowohl meine Partei als auch die Umweltschutzverbände in ihrer Stellungnahme zum Neuentwurf des LEP immer abgelehnt. Dies werde ich auch weiterhin mit Überzeugung tun.

- 5) An welchen Zahlen soll sich die Bedarfsermittlung orientieren und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Zahlen aus neutraler Hand zur Verfügung stehen?**

Eine Bedarfsermittlung muss durch eine Landesbehörde erfolgen, vorzugsweise das LANUV. Hierzu können die Bilanzen einschließlich der Lageberichte der Kiesindustrie einbezogen werden, aus meiner Sicht wäre es jedoch sinnvoll, einen landesweiten/bundesweiten Datenpool für die verbauten Mengen an Kies / Beton / Sand aufzubauen, um den Bedarf in der Bundesrepublik festzustellen.

- 6) Halten Sie die Einbeziehung des Exports in die Mengenermittlung für richtig?**

Nein

7) Wie stehen Sie zur Einführung einer Kies-Abgabe? Welche Gründe sind für Sie ausschlaggebend?

Die Kiesabgabe kann ein geeignetes Instrument sein, um den Abbau zu vermindern, dies müsste jedoch an Bedingungen geknüpft sein.

a) Wie stellen Sie sicher, dass ein finanzieller Ausgleich für Folgenutzungen erfolgt?

Die Kiesabgabe darf nicht in die kommunalen Haushalte einfließen, sondern muss direkt und unmittelbar zweckgebunden verwendet werden für die Folgenutzung.

b) Welchen Einfluss auf den Preismechanismus schlagen Sie vor, um alternative Verfahren gegenüber dem Einsatz von Primärrohstoffen wie Kies und Sand für die Wirtschaft und Behörden interessanter zu machen?

Der Rohstoff Kies und Sand ist derzeit viel zu günstig, alternative Baustoffe werden daher so lange nicht eingesetzt werden, wie sie nicht konkurrieren können. Die Kiesabgabe könnte ein geeignetes Mittel sein, um wenigstens die Produktionskosten ein wenig zu steigern, darüber hinaus müssen aber die Recyclingprodukte offensiv subventioniert werden und auch beworben werden.

c) Welche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung alternativer Baustoffe gehen Sie an?

Im öffentlichen Dienst werden Aufträge nach bestimmten, festgesetzten Ausschreibungen vergeben. In die Ausschreibungskriterien sollten zukünftig auch alternative Baustoffe aufgelistet werden. Ein Zuschlag wird jedoch weiterhin erst dann erfolgen, wenn es das technisch machbare, aber preisgünstigste Angebot ist. Deswegen halte ich eine deutliche staatliche Subventionierung und die Abgabe der Kiesindustrie für unabdingbar.

8) Bisher wurden auf das jeweilige Abgrabungsgebiet begrenzte hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt. Unterstützen Sie demgegenüber hydrogeologische Gutachten für größere Bereiche auch kreisübergreifend zur Klärung des komplexen Wasserhaushaltes am Niederrhein vor dem Hintergrund zunehmender Eingriffe durch den Kiesabbau und drohender Hochwassersituationen bei Starkregen?

Ich unterstütze diese Forderung uneingeschränkt, nur eine großräumige Betrachtung ist sinnvoll.

Besonders schützenswerte Zonen (Tabuzonen)

9) Unterstützen Sie Tabuzonen als Ziel der Landespolitik in folgenden Fällen:

a) Wassereinzugs- und -reservegebiete?

ja

c) Beziehen Sie dabei ausdrücklich Wasserschutzgebiete III B mit ein?

Ja

c) Gebiete zum Schutz von Natur und Landschaft, FFH- und EU-Vogelschutzgebiete?

ja

d) Ackerflächen mit einer natürlichen Bodengüte von mehr als 80 Punkten?

Ja

d) kulturhistorisch wertvolle Landschaften?

Ja

Risiko minimierende Maßnahmen und Wiederherstellung

10) Wie stellen Sie sich beim Verlust landwirtschaftlicher Flächen die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ohne eine Steigerung der Importe vor, die mit zusätzlichen Umweltbelastungen und zusätzlichen Abhängigkeiten verbunden wären?

Für den Verlust landwirtschaftlicher Flächen gibt es keinen Ersatz. Allerdings präferiere ich den Erhalt bäuerlich kleiner Strukturen, eine Agrarindustrie, verbunden mit großflächigem Einsatz von Chemie lehne ich ab.

11) Wie wollen Sie die Standards einer qualitativ hochwertigen nachhaltigen Wiederherstellung/Rekultivierung sicherstellen und wer soll sie bezahlen und kontrollieren?

Es gibt keine Renaturierung der einmal ausgekierten Flächen. Eine Rekultivierung durch Ansiedlung anderer Flora/Fauna ist der Schaffung neuer Seen vorzuziehen. Die Rekultivierung muss noch mehr als bisher mit den Landschaftsbehörden und den Naturschutzverbänden gemeinsam erfolgen.

Alternativen zum Kiesabbau

12) Welche Alternativen bei der Substitution der Primärrohstoffe und Änderung der Bauverfahren werden Sie fördern, um eine Reduzierung der benötigten Kies- und Sandmengen zu erreichen?

Alternativen können nicht nur recycelte Baustoffe sein, sondern auch andere Baumaterialien wie Lehm/Holz-Gefache. Inzwischen gibt es diverse Modellprojekte auf diesem Gebiet. Die Erschließung neuer Wohngebiete könnte mit der Vorgabe erfolgen, alternative Bauweisen zu planen.

13) Unterstützen Sie den bevorzugte Einsatz von Recyclingmaterial? Wie wollen Sie im öffentlichen Bereich eine Erhöhung dieses Einsatzes fördern?

Siehe bisherige Ausführungen. Im öffentlichen Bereich können die Planvorgaben bei der Ausweisung neuer Wohngebiete so erfolgen, dass alternative Baumaterialien verwendet werden, bei staatlichen/kommunalen Gebäuden ist es möglich, die Ausschreibung so vorzubereiten.

14) Welche Ansätze verfolgen Sie, um die Genehmigungsverfahren im Bereich Baustoffrecycling zu vereinfachen und zu beschleunigen?

Ich habe derzeit keinen Überblick über die Genehmigungsverfahren im Kreis Wesel, diese Frage kann ich seriös daher nicht beantworten.

Petra Schmidt-Niersmann,

Landratskandidatin B 90/Kreis Wesel